



Ich meine, dass wir unsere Jugendfreizeitheime auskömmlich finanzieren müssen – wenn die Qualität stimmt!

In den letzten Wochen haben einige Bremer Jugendverbände öffentlichkeitswirksam 30 Prozent mehr Finanzmittel für die Jugendarbeit gefordert. In dieser Woche haben wir in der Bremischen Bürgerschaft über diese Forderung debattiert, die mit gestiegenen Kosten begründet wird.

Bei zahlreichen Besuchen in den Einrichtungen, bei Gesprächen mit TrägervertreterInnen, MitarbeiterInnen und Jugendlichen habe ich mich in den letzten Jahren von der engagierten und fachlich fundierten Arbeit der Einrichtungen überzeugen können. Die Pädagoginnen und Pädagogen geben Alles für „Ihre“ Jugendlichen, und es ist nachvollziehbar, dass sie am liebsten noch mehr Mittel hätten um noch mehr Angebote zu machen. Es darf aber nicht unerwähnt bleiben, dass sich nicht alle Jugendverbände der Forderung nach „30 Prozent mehr Zukunft“ angeschlossen haben. Einige wären schon damit zufrieden, wenn trotz des Spardrucks der Status Quo erhalten bleiben könnte – das bedeutet immerhin 7,2 Millionen Euro, die die Stadt Bremen sich ihre Jugendarbeit kosten lässt.

Fakt ist: Bremen muss sparen, und zwar in allen Bereichen. Die Bereiche „Ganztägliches Lernen“ und „Ausbau der Kindertagesbetreuung“ sind davon ausgenommen, hier geben wir mehr Geld aus als je zuvor. Trotzdem haben wir Grüne in den letzten Jahren immer wieder erfolgreich dafür gekämpft, dass bei der Jugendarbeit nicht gekürzt wurde. Bei steigenden Personal- und Unterhaltungskosten ist die Forderung nach einem Ausgleich dieser Kostensteigerung nachvollziehbar, und als Jugendpolitikerin werde ich mich in den Haushaltsverhandlungen dafür einsetzen. 30 Prozent halte ich für utopisch, aber ein paar Prozent könnten meiner Meinung nach drin sein. Ob ich damit Erfolg haben werde, lässt sich jetzt noch nicht sagen. Klar ist, dass das Geld an anderen Stellen eingespart werden müsste, denn wer immer weiter Schulden macht, gefährdet die Zukunft unserer Jugendlichen.

Die Jugendverbände müssen sich aber mehr als bisher selbst fragen, was sie zu einer zukunftsfähigen Jugendarbeit beitragen können. Und da gilt es einige Dinge zu verbessern. Wer öffentliche Mittel bekommt, steht auch in der Verantwortung, der Politik – in diesem Fall der Stadtteilpolitik – Rechenschaft über die Arbeit abzulegen. An mich wird aber immer wieder die Kritik herangetragen, dass in den Beiräten und den Controllingausschüssen nicht ersichtlich wird, wofür die Mittel ausgegeben wurden und inwiefern die Stadtteilkonzepte umgesetzt werden. Hier brauchen wir mehr Transparenz – denn nur dann können wir die Argumente liefern, die es braucht, wenn man einen Bereich finanziell besserstellen will. Solange die TrägervertreterInnen stimmberechtigte Mitglieder der Controllingausschüsse sind, besteht die Gefahr eines unreflektierten

„weiter so“. Dabei brauchen wir den Mut, Bestehendes in Frage zu stellen. Erreichen wir wirklich die Jugendlichen, die erreicht werden sollen? Muss Jugendarbeit immer in teuren Gebäuden stattfinden, die große Teile des Tages leer stehen? Passen die Öffnungszeiten noch zum Freizeitverhalten Jugendlicher? Diese Fragen müssen in den Stadtteilen diskutiert werden, denn nicht alles, was sich über die letzten Jahrzehnte etabliert hat, ist zwangsläufig in Zukunft notwendig.

Wir brauchen eine moderne, qualitativ hochwertige Jugendarbeit, die sich an der Lebenswirklichkeit heutiger Jugendlicher orientiert. Ich setze mich gern und mit Überzeugung für eine auskömmliche Finanzierung ein. Aber „mehr Geld“ kann nicht die einzige Antwort auf neue Herausforderungen sein. Wir brauchen auch Transparenz, Flexibilität und Innovation – in der Politik und bei den Jugendverbänden.

